

DIE LINKE.SDS
V. Bundeskongress
8. bis 10. I. 2010 in Bochum

Protokoll

Protokollant: Hans Reuter

dielinke.SDS
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|---|----|
| 1. | Begrüßung | 4 |
| 2. | Formalia | 4 |
| 3. | Grußworte | 5 |
| 4. | Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung | 6 |
| 5. | Antragskommission | 7 |
| 6. | Workshop-Phase I „Bildungsstreik“ | 7 |
| 7. | Berichte aus den AGen | 7 |
| 8. | Antrag wegen Mandatsprüfung | 8 |
| 9. | Wie kann eine erfolgreiche Studierendenbewegung gegen schwarz-gelb aussehen? 2010 - Bildungsstreik reloaded?„ | 8 |
| 10. | Grußwort von der linksjugend[‘solid] | 8 |
| 11. | Workshop-Phase II | 8 |
| 12. | Kurze Ansage | 8 |
| 13. | Auswertung des MCH-Kongresses, Auswertung „ein Jahr KLB“, „Wie kann nachhaltige Theoriearbeit im SDS aussehen?„ | 9 |
| 14. | Generaldiskussion und Antragsberatung zum Thema „Marx an die Uni!“Df | 9 |
| 15. | Der BuVo bedankt sich bei den Geschäftsführerinnen | 9 |
| 16. | Antragsbehandlung „Islamphobie“, „Hochschulpolitik“, „GruKa“ | 10 |
| 17. | „Wie können die Nazis erfolgreich gestoppt werden?-Dresden 2010“ (Norman (Aktionsnetzwerk Jena),Ebru, Enrico) | 11 |
| 18. | Antragsbehandlung | 11 |
| 19. | Behandlung der Dringlichkeitsanträge | 12 |
| 20. | Wahl der Wahlkommission | 12 |
| 21. | Nachwahlen zum BuVo, Antragsbehandlung der satzungsändernden Anträge | 12 |
| 22. | Wahlen zur Bundesgeschäftsführung | 14 |
| 23. | Nominierung von Delegierten zum Bundesparteitag DIE LINKE | 14 |
| 24. | Wahl der Delegierten zum BuKo der linksjugend[‘solid] | 15 |
| 25. | Wahl der Delegierten zum Länderrat der linksjugend[‘solid] | 16 |
| 26. | Weitere Anträge, Vertagungen | 16 |
| 27. | Abschluss des Bundeskongresses und Schlusswort | 17 |

| | | |
|-----|---------------------------------------|----|
| 28. | <u>Anhang</u> | 18 |
| 29. | <u>Formale Anträge</u> | 18 |
| | <u>Antrag F1</u> | 18 |
| | <u>Antrag F2</u> | 21 |
| 30. | <u>Programmatische Anträge</u> | 24 |
| | <u>Antrag P1</u> | 24 |
| | <u>Antrag P2</u> | 28 |
| | <u>Antrag P2.1</u> | 28 |
| | <u>Antrag P3</u> | 29 |
| | <u>Antrag P4</u> | 31 |
| | <u>Antrag P4.1</u> | 32 |
| | <u>Antrag P5</u> | 33 |
| | <u>Antrag P5.1</u> | 33 |
| | <u>Antrag P6</u> | 34 |
| | <u>Antrag P7</u> | 35 |
| | <u>Antrag P8</u> | 36 |
| | <u>Antrag P9</u> | 38 |
| | <u>Antrag P10</u> | 39 |
| | <u>Antrag P10.1</u> | 40 |
| | <u>Antrag P11</u> | 41 |
| | <u>Antrag P12</u> | 42 |
| | <u>Antrag P12.1</u> | 43 |
| 31. | <u>Satzungsänderungsanträge</u> | 44 |
| | <u>Antrag S1</u> | 44 |
| | <u>Antrag S1.1</u> | 44 |
| | <u>Antrag S2</u> | 44 |
| | <u>Antrag S3</u> | 44 |
| | <u>Antrag S3.1</u> | 45 |
| | <u>Antrag S4</u> | 45 |
| | <u>Antrag S5</u> | 45 |
| | <u>Antrag S6</u> | 45 |
| | <u>Antrag S6.1</u> | 46 |
| | <u>Antrag S7</u> | 46 |
| | <u>Antrag S8</u> | 46 |
| | <u>Antrag S9</u> | 47 |
| 32. | <u>Dringlichkeitsanträge</u> | 48 |
| | <u>Antrag D2</u> | 48 |
| | <u>Antrag D2.1</u> | 48 |

1. Begrüßung

Willkommensgruß vom SDS Bochum

2. Formalia

Vorschlag des Tagespräsidiums:

Stefanie Geyer
Benjamin Stotz
Hans Reuter (DIE LINKE.SDS Dresden)
Einstimmig angenommen.

Bericht Mandatsprüfungskommission:
Bisher 18 Gruppen, 24 Delegierte angemeldet.
Davon im Moment 16 Delegierte anwesend, Beschlussfähigkeit des BuKo festgestellt.

Geänderte Geschäftsordnung: Die korrigierten Antragsfristen werden nachher von der Antragskommission verkündet.

Vorläufige [Geschäftsordnung](#) annehmen:
Einstimmig beschlossen.

Bestätigung des Protokolls des letzten BuKo:
bei 4 Enthaltungen bestätigt.

Bestätigung der [Tagesordnung](#):
Einstimmig bestätigt.

Antragskommission wählen:
Vorgeschlagen: Sarah Nagel, Ernesto, Fabian (SDS FFO)
Bei 1 Enthaltung bestätigt.

3. Grußworte

Grußwort von **Nicole Gohlke** (HoPo-Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag):

Erfreut über die Äußerung von Unmut über schlechte Zustände im Bildungsbereich und die Internationalität des Bildungstreiks. Gute Wahrnehmung der Proteste in der Bevölkerung, zumindest verbal auch Zustimmung vom politischen Gegner, aber leider keine finanziellen und gesetzlichen Auswirkungen. Daher wird der Bildungstreik weitergehen und hat viel Potential. Probleme durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und dadurch fehlende Mittel in den Haushalten für Bildung.

Der SDS hat große Bedeutung für Fortgang der Bewegung und der Einwirkung auf die Gesellschaft. Hinwirken auch auf allgemeine Gesellschaftskritik.

Doch : nicht nur außerparlamentarisches Engagement, sondern auch konstruktive Kritik und Mitarbeit bei der strategischen und inhaltlichen Entwicklung der Partei DIE LINKE.

Anregung zur Mitarbeit in parlamentarischen Gremien.

Luigi Wolf stellt den Fördererkreis demokratische Hochschulbildung vor und wirbt für Mitgliedschaft.

Der Verein sammelt aber nicht nur Geld für Bildungsarbeit, sondern hat auch Bedeutung für den SDS. Betrachtung der Entwicklung des historischen SDS, der sich auch durch fehlende finanzielle Mittel nach „Abstoßung“ durch die SPD aufgelöst hat. Der moderne SDS muss sich dieser (unwahrscheinlichen) Möglichkeit stellen und eigene finanzielle Sicherungen durch Unterstützung von Professoren, Gewerkschaftern, politisch Interessierten, linken Studierenden aufbauen.

Grußwort von **Peter Grottian** (Prof. em. FU Berlin)

Zuerst Lob des SDS als Mitgestalter der sozialen Bewegung, wir sind Bewegungsaktivisten statt Parteiaktivisten. Hohe Sensibilität für die Parteiunabhängigkeit der Bewegung, im Gegensatz zu anderen Parteien wie Grüne/SPD.

Bildungstreik steht auf der Kippe: die Politik will ihn mit einem Bildungsgipfel der Regierung (im April, genau während der Osterferien...) „totumarmen“. Der dritte Anlauf des Bildungstreik im Juni wird nur erfolgreich sein, wenn intensive Verbesserungen auf der Tagesordnung stehen, und nicht nur Workload und halbherzige BA/MA-Kritik.

Notwendigkeit der Verschärfung der Protestformen, aber wichtiger noch: Aushandlung von seriösem, mobilisierendem Konzept und konkreten Alternativen zum aktuellen Bildungssystem und Konsens über Forderungen. Nicht Kritik ist gefragt, sondern motivierende, öffentlich wirksame, fundierte Alternativen!

Ohne diese ist der Bildungstreik nach innen zu Ende und die Öffentlichkeit wird uns als „Lahme Ente“ wahrnehmen – Nicht Ablehnung sondern Forderung eines Bildungsgipfels im Juni auf dem Höhepunkt der Bewegung statt im April.

Aushandlungsprozesse über Finanzen, Haushalte, Bildungspolitik müssen öffentlicher stattfinden, statt in politisch abgeschotteten Hinterzimmern.

Die Regierung wird versuchen, die Bewegung zu spalten, wir müssen strategisch auf Zusammenhalt hinarbeiten.

SDS ist den Belobigungen der Parteioberen anheimgefallen. Doch: was macht DIE LINKE für uns? Nicht nur Pressemitteilungen schreiben, sondern mitstreiken! Alle Abgeordnete – nicht nur die Bildungspolitikern – müssen aktiviert werden.

Es mangelt an einem basisdemokratisch legitimierten Organ des Bildungstreiks als gemeinsame Stimme.

Bündnis mit den Gewerkschaften muss unterbaut werden, nicht nur Solidaritätserklärung sondern ernsthafte Verhandlungen mit dem Apparat der großen Gewerkschaften. Ein breites Bündnis muss

inhaltlich stabilisiert und fortentwickelt werden.

Schüler und Schülerinnen sind teilweise sauer über Dominanz der Studierenden, müssen gleichberechtigt in Aushandlungsprozesse eingebunden werden.

Viele Baustellen, der BuKo muss genutzt werden um unsere Strategien und Ideen zu konsolidieren, damit wir der politischen Klasse substanzielle Zugeständnisse abtrotzen können.

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung

Friederike und Steffi berichten über ihre Arbeit:

Viele Positionierungen müssen noch vorgenommen werden, Positionen entwickelt werden.

Neue Geschäftsführung und neuer BuVo, nun viele BA/MA-Studierende vertreten, die eine andere strukturelle Einbindung in die Arbeit benötigen.

Letztes Jahr im Zeichen der Krise, breite Diskussion der Krise, breite Unterstützung verschiedener Aktionen und Projekte, werden nun als verlässlicher Partner der sozialen Bewegungen in Deutschland wahrgenommen.

Erfolg des Bildungsstreik auch durch unsere Arbeit, SDS hat sich in den Hochschulen verankert und mehr an HoPo mitgearbeitet. Kann selbstbewusst nach vorne schauen, teilweise zu zaghaft mit der Rolle des SDS im Bildungsstreik umgegangen. Reaktivierung des Forums HoPo gewünscht. Zusammenhang zwischen Krise (auch im Bildungssystem) und dem Kapitalismus immer wieder neu aufdecken.

MCH-Kongress als großes „eigenes“ Event, Diskussion über die Brisanz von Schwarz-Gelb. 1200 Leute auf einem klaren AntiKap-Kongress in Deutschland sind ein großer Erfolg.

Nicht nur analysiert, sondern auch Handlungsoptionen und politische Angriffsmöglichkeiten aufgedeckt (Stichpunkt Aktivierungscafé). Das ist eine Entwicklung zu nachhaltiger Integration von politisch Interessierten in die außerparlamentarischen Bewegungen.

2010 muss der SDS kontinuierlich Gruppen- und Verbandsaufbau leisten. Bildungskarawane und Tour mit österreichischen BildungsstreikerInnen waren guter Erfolg.

Kommunikation zu und zwischen den Gruppen durch AG GruKa muss professionalisiert werden.

SDS bietet sozial und politisch bewegten Menschen einen guten Ort zur Mitarbeit und Raum für Engagement und Weiterbildung

Herbstakademie wichtig für Verbandsinterne Debatten und Strategieentwicklung. Am 13. Februar müssen die Nazis gestoppt werden – besonders in Zeiten der Krise sind auch Gegenkonzepte gefragt. Info-Tour und Broschüre dazu.

NRW-Wahl als Möglichkeit zur Zuspitzung des Protests.

Grundstein für einen neuen Start für hochschulpolitisches Engagement mit der neuen Denkschrift.

Ben dankt Friederike und Steffi für ihre Arbeit als Geschäftsführerinnen des SDS.

5. Antragskommission

Stefanie erklärt kurz das Verfahren für Änderungsanträge und Dringlichkeitsanträge sowie Geschäftsordnungsanträge.

Die korrigierten Fristen in der GO (Dringlichkeitsanträge bis Samstag 17 Uhr, Änderungsanträge bis zum Aufrufen des zu ändernden Antrages) werden vorgeschlagen.

Die Fristen werden einstimmig angenommen.

6. Workshop-Phase I „Bildungsstreik“

- „Von 5 zu 1500- warum klappt Mobilisierung manchmal und manchmal eben nicht?“ Erfolgreiche Mobilisierung zum Nachmachen
- „Unsere Uni!- wie können Studierende und Lehrende gemeinsam protestieren?“ (Peter Grottian)
- „Bildungsstreik und Arbeitskämpfe- Die Erfahrungen der Reinigungskräfte und des Studentenwerkstreiks und was daraus für die Zukunft folgt“ (Juri Hälker,)
- „Das bundesweite Bildungsstreikbündnis- Bericht, Erfahrungen und Perspektiven“ (Michael Dunker, Ben Stotz (BuVo Die Linke.SDS))
- „Banküberfall, KMK, Dresden 2010- ziviler Ungehorsam(Christoph Ellinghaus (Aktionsnetzwerk Jena), Oskar Stolz(BuVo Die Linke.SDS))

7. Berichte aus den AGen

„Mobilisierung“: Phasenmodell, wie der Bildungsstreik und der SDS dort einzuordnen ist. Möglichkeiten zur Verbesserung der Mobilisierung, Erfahrungsaustausch. Auswertungen, regelmäßige Feedbackrunden sehr wichtig! Als SDS in wichtige AGen mitarbeiten (Partys können auch andere gut vorbereiten). Idee: „Streikguide“, vielleicht auch als Wiki.

„Unsere Uni!“: Wie kann man ProfessorInnen/Lehrende und Studierende gleichzeitig ansprechen? Tipp von Peter: gezielt Seminare besuchen, Kompetenzen der Lehrenden nutzen. Pauschale für Tutoren fordern, prekäre Beschäftigungsverhältnisse thematisieren. Kann man Tarifkonflikte der Gewerkschaften mit dem Bildungsstreik verknüpfen?

„Bildungsstreik und Arbeitskämpfe“: Berichte zu Kooperationen, Juri geht auf das Organising-Konzept ein. Keine Agitation und Stellvertreteraktivismus, sondern Zusammenarbeit.

„Bildungsstreikbündnis“: Information über die Planungen (Aktionen, Demos, Zeitpunkte), Überlegungen zur Besetzungstreikfrage. Bedarf an Inhalten statt nur Ablehnung. Problematisch: Bündnis sehr breit, Konsens bei Forderungen sollte dennoch beibehalten werden. Dazu soll es ein Bundesweites Treffen geben.

„Ziviler Ungehorsam“: Erfahrungsaustausch, ZU als kreative Protestform, gegen Obrigkeitshörigkeit, sollen friedlich und nichteskalierend sein. Verantwortungsbewusstsein der „Ungehorsamen“ wichtig. Konsequenzen von ZU für den/die Einzelnen. Ideen und Vorstellungen für Dresden.

8. Antrag wegen Mandatsprüfung

Probleme bei der Anmeldung der Mainzer Delegierten: Beantragung (durch den SDS Mainz) der Stimmberechtigung für beide (männliche) Delegierte, da keine Frauen in der Hochschulgruppe.

GO: Beantragung der Nichtabstimmung des Antrags:
16/6/4 Antrag angenommen

Der Antrag des SDS Mainz wird nicht abgestimmt, die Mandatsprüfungskommission entscheidet nach ihrer Satzungsauslegung (Ein Mandat).

9. Wie kann eine erfolgreiche Studierendenbewegung gegen schwarz-gelb aussehen? 2010 - Bildungsstreik reloaded?“

Kurzer Input von Ben, danach gemeinsame Debatte.

10. Grußwort von der linksjugend['solid]

Steffen aus Potsdam gibt ein paar Einsichten zur Stimmung im Jugendverband und wünscht „maximale Erfolge“ und mehr Zusammenarbeit der beiden Verbände im Kampf gegen den Kapitalismus. Die „Alte Kacke“ braucht neue, gezielte, miteinander abgestimmte und miteinander durchgeführte Interventionen.

11. Workshop-Phase II

- „SDS Hochschulpolitik – Wie kann das aussehen?“ (Gremien, Forum HoPo, fzs- macht das Sinn?) (Tobias Schultze, Steffi Geyer)
- „Dresden 2010- wie kann der SDS dazu beitragen die Nazis zu stoppen?“ (Veranstaltungen, Blockadetrainings, Busse- was kann man vor Ort machen?) (Christoph Ellinghaus , Ebru Celtikli)
- Zeitungs- und Webredaktionsarbeit- Die neue Homepage leicht gemacht! (Ole)
- „Seminararbeit 2010- Was wollen wir machen?“ (Ruben Lehnert, Win Windisch)
- „Tipps und Tricks zum Gruppenaufbau- Wie kann eine SDS Gruppe super arbeiten?“ (Oskar Stolz BuVo, Sarah Nagel)

12. Kurze Ansage zum Gruppenaufbau, GO-Antrag zum Tagespräsidium

Bei Gesprächsbedarf zu Problemen beim Gruppenaufbau kann heute Abend noch eine Gesprächsrunde mit Oskar in der Turnhalle stattfinden.

GO-Antrag: Julia Meier in das Tagespräsidium berufen:
Einstimmig angenommen.

13. Auswertung des MCH-Kongresses, Auswertung „ein Jahr KLB“, „Wie kann nachhaltige Theoriearbeit im SDS aussehen?“

Jakob zur KLB und zur Herbstakademie und ihren Erfolgen und Problemen. KLB sollte kontinuierlich weitergehen, aber mit Augenmaß, welche Gruppen einen Lesekurs stemmen können. Hat das Niveau der Debatten im Verband positiv beeinflusst.

Steffi zum MCH-Kongress: 1200 TeilnehmerInnen, hat in einer Zeit erhöhter politischer Aufmerksamkeit stattgefunden. Das inhaltliche Mitwirken von SDS-Aktiven auf dem Kongress war zumeist auf Moderation beschränkt, zu wenig mit eigenen Positionen und als Referenten in Erscheinung getreten.

Felix: Großes Medienecho, in Berlin gute Plakatabdeckung. Viele junge Teilnehmer, der Kulturblock wurde gut angenommen. Startpunkt für die Unterstützung des Streiks der Reinigungskräfte.

Win zur Theoriearbeit: Innerverbandliche Theoriearbeit in der HAK 2009 zu kurz gekommen. Der SDS soll mehr Referenten aus den eigenen Reihen ausbilden. Verband muss aktuelle Themen aufgreifen und gleichzeitig „alte“ Themen (Kapital) kontinuierlich weiter behandeln.

Danach Diskussion und als Schlussworte vom Plenum

14. Generaldiskussion und Antragsberatung zum Thema „Marx an die Uni!“

GO-Antrag: Beschränkung der Antragsdebatte für den Antrag P1 auf 30 Min.
Mit 3 Enthaltungen angenommen.

Win stellt den Antrag [P1](#) vor, danach Diskussion über den Antrag.

Der Antrag P1 wird abgestimmt:
Mit 22/0/1 angenommen.

15. Der BuVo bedankt sich bei den Geschäftsführerinnen

Inklusive Übergabe abgeschnittener, künstlerisch arrangierter Flora.

16. Antragsbehandlung zu „Islamphobie“, „Hochschulpolitik“, „GruKa“

Ebru (SDS FFM) stellt den Antrag [P12](#) vor.

ÄA [P12.1](#)

Jana (SDS Leipzig) erläutert den ÄA.

Fürrede von Max (SDS München)

ÄA von den Antragstellern übernommen.

Bei drei Enthaltungen angenommen.

[P2](#) und [P3](#)

GO-Antrag: auf 20 Minuten begrenzte, gemeinsame Antragsdebatte.

Bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Vorstellung der Anträge durch die AntragstellerInnen.

Till stellt seinen ÄA [P2.1](#) vor, nachfolgend Debatte aller Anträge

Der ÄA wird abgestimmt:

Mit 14/5/11 angenommen

Persönliche Stellungnahme von Till.

Geänderter P2 wird abgestimmt:

Mit 17/3/10 angenommen.

P3 wird abgestimmt:

Mit 8/14/6 abgelehnt.

GO-Antrag: Gemeinsame Debatte der Anträge [P4](#) und [P5](#).

Bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Oskar stellt den Antrag P4 vor.

Vorstellung des Antrages P5 durch die AntragstellerInnen.

Vorstellung des ÄA [P4.1](#) durch die AntragstellerInnen.

Vorstellung des ÄA [P5.1](#) durch die AntragstellerInnen.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte bis 21:15 Uhr.

Bei einigen Enthaltungen angenommen.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste:

Bei 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen angenommen.

Debatte der Anträge.

Abstimmung ÄA P4.1:
Bei 5 Fürstimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung P4 ungeändert:
Mit 19/6/4 angenommen.

Abstimmung ÄA P5.1:
Mit 8/8/14 abgelehnt.

Abstimmung P5 ungeändert:
Mit 20/2/6 angenommen.

17. „Wie können die Nazis erfolgreich gestoppt werden?-Dresden 2010“ (Norman (Aktionsnetzwerk Jena), Ebru, Enrico)

Ebru, Norman und Enrico präsentieren die Geschichte des Aufmarsches und der Blockaden, eine Vorschau auf den Februar 2010 und die konkrete Planungen vor Ort. Danach Zeit für Fragen.

18. Antragsbehandlung „Arbeit vor Ort“, „Mitmachen auf BuKo“, „Vernetzung im Bildungsstreik“

P6
Die AntragstellerInnen stellen den Antrag vor.
Nach Für- und Gegenrede mit 11/7/3 angenommen.

P7
Die AntragstellerInnen stellen den Antrag vor.
Nach Für- und Gegenrede mit 7/12/4 abgelehnt.

P8
Ben stellt den Antrag vor.

GO-Antrag: Debatte eröffnen.
Nach Gegenrede mit 8/8/7 abgelehnt.

P8 nach Für- und Gegenrede mit 13/8/4 angenommen

19. Behandlung der Dringlichkeitsanträge

D1 (Protokolle von Bundesvorstandssitzungen) aufgrund fehlender Voraussetzungen für Dringlichkeit nicht zugelassen.

[D2](#) (Afghanistan)

Dringlichkeit mit 13/7/4 festgestellt

Till bringt ÄA [D2.1](#) ein.

Mit 7 Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen

Abstimmung des geänderten D2:

Mit 16/4/4 angenommen.

GO-Antrag: Behandlung der satzungsändernden Anträge während der Auszählungspausen der Wahlgänge der nächsten Wahlen:

Ohne Gegenrede angenommen.

20. Wahl der Wahlkommission

Vorschläge für die Wahlkommission:

Max Steininger (SDS München)

Jakob Graf (SDS HU Berlin)

Tom Bauermann

Wahlkommission mit einer Enthaltung ohne Gegenstimmen bestätigt.

21. Nachwahlen zum BuVo, Antragsbehandlung der satzungsändernden Anträge

Kandidatinnen für Frauenliste:

Jana Werner (SDS Leipzig)

Anastasija Beer (SDS Hannover)

Friederike Benda (SDS Potsdam)

Die Liste wird geschlossen.

Die Kandidatinnen stellen sich vor.

Danach Fragen an die Kandidatinnen

Die Wahlkommission führt den Wahlgang durch.

Mainz bringt den Antrag [S1](#) ein.

Die Antragsteller übernehmen den Änderungsantrag [S1.1](#) nach Für- und Gegenrede mit 8/14/5 abgelehnt.

Mainz bringt den Antrag [S2](#) ein.
nach Für- und Gegenrede mit 6/15/5 abgelehnt.

Die Wahlkommission berichtet:
27 abgegebene Stimmen:
Friederike: 25 Stimmen, 92,6%
Jana: 23 Stimmen, 85,2%
Anastasija: 21 Stimmen, 77,8%

Alle im ersten Wahlgang gewählt, alle nehmen die Wahl an.

KandidatInnen für die gemischte Liste:
Sascha Collet (SDS Regensburg)
Jens Liedtke (SDS Darmstadt)
Tupac Simon Orellana Mardones (SDS Passau)

Die Liste wird geschlossen.
Die Kandidaten stellen sich vor.
Danach Fragen an die Kandidaten

Die Wahlkommission führt den Wahlgang durch.

Mainz zieht den Antrag [S3](#) zurück. Damit ist der ÄA [S3.1](#) obsolet.

Mainz bringt den Antrag [S4](#) ein.
nach Gegenrede mit 3/17/4 abgelehnt.

Mainz bringt den Antrag [S5](#) ein.
nach Für- und Gegenrede mit 13/7/6 angenommen.

Mainz bringt den Antrag [S6](#) ein.

Ben stellt seinen Änderungsantrag [S6.1](#) vor.
nach Für- und Gegenrede mit 12/10/6 angenommen.

Geänderter Antrag S6 nach Für- und Gegenrede mit 24/1/3 angenommen.

Die Wahlkommission berichtet:
28 abgegebene Stimmen:
Sascha: 22 Stimmen, 78,6%
Tupac: 15 Stimmen, 53,6%
Jens: 16 Stimmen, 57,1%

Sascha und Jens sind gewählt und nehmen ihre Wahl an.

22. Wahlen zur Bundesgeschäftsführung

Frauenliste:
Steffi Graf kandidiert

Gemischte Liste:
Florian Wilde kandidiert.

Die Listen werden geschlossen.

Vorstellung der KandidatInnen.
Danach Fragen an die KandidatInnen

Da Steffi erklärt, auf eine Kandidatur in der gemischten Liste im Falle ihrer Nichtwahl zu verzichten, werden beide Listen zugleich abgestimmt.

Die Wahlkommission führt die Wahlgänge durch.

Bericht der Wahlkommission:
27 abgegebene Stimmen, davon 1 Enthaltung:
Steffi: 22 Stimmen, 81,5%
Florian: 20 Stimmen, : 77,8%

Damit sind beide KandidatInnen gewählt, beide nehmen ihre Wahl an.

23. Nominierung von Delegierten zum Bundesparteitag DIE LINKE

KandidatInnen:
Jenny Morín Nenoff (SDS Köln)
Ben Stotz (SDS FU Berlin)
Hannes Draeger
Veronika Hilmer
Jakob Theurer (SDS HU Berlin)

Die Liste wird geschlossen, die KandidatInnen stellen sich vor.
Danach Fragen an die KandidatInnen

GO-Antrag: Begrenzung der Antwortzeit der Delegierten auf zwei Minuten.
Nach Gegenrede mit 10/7/2 angenommen.

Die Wahlkommission führt den Wahlgang durch.
GO-Antrag: Stimmzettelnachreichung für die Kandidaten die keine erhalten haben.
Ohne Gegenstimmen angenommen.

Die Wahlkommission stellt die Ergebnisse vor:
25 Stimmen:
Veronika: 22 Stimmen, 88%

Jenny: 20 Stimmen, 80%
Ben: 17 Stimmen, 68%
Hannes: 16 Stimmen, 64%
Jakob: 13 Stimmen, 52%

Veronika, Jenny, Ben und Hannes sind gewählt. Alle nehmen ihre Wahl an.

24. Wahl der Delegierten zum BuKo der linksjugend['solid**]**

Es kandidieren:

auf der Frauenliste:

Friederike Benda
Steffi Graf
Veronika Hilmer

auf der gemischten Liste:

Luigi Wolf
Oskar Stolz
Simon Zeise
Lukas Taskiran

Die Liste wird geschlossen

GO-Antrag: Redezeitbegrenzung der KandidatInnen auf drei Minuten verlängern.
Mit wenigen Enthaltungen und Fürstimmen abgelehnt.

Die KandidatInnen stellen sich vor.

Da alle Kandidatinnen erklären, auf eine Kandidatur auf der gemischten Liste im Falle ihrer Nichtwahl zu verzichten, werden beide Listen zugleich abgestimmt.

Die Wahlkommission führt die Wahl durch.

Die Wahlkommission stellt die Ergebnisse vor:

27 Stimme, 1 Enthaltung:
Friederike: 24 Stimmen, 88,9%
Veronika: 24 Stimmen, 88,9%
Steffi: 21 Stimmen, 77,8%

Oskar: 21 Stimmen, 77,8%
Lukas 17 Stimmen, 63,0%
Simon: 18 Stimmen, 66,7%
Luigi: 16 Stimmen, 59,3%

Friederike, Veronika und Steffi sind gewählt.
Oskar, Simon und Lukas sind gewählt.

Alle KandidatInnen nehmen ihre Wahl an.

25. Wahl der Delegierten zum Länderrat der linksjugend['solid**]**

KandidatInnen:

Steffi Graf

Ole Guinand

Die Liste wird geschlossen.

Die KandidatInnen stellen sich vor.

Da Steffi erklärt, auf eine Kandidatur auf der gemischten Liste im Falle ihrer Nichtwahl zu verzichten, werden beide Listen zugleich abgestimmt.

Die Wahlkommission führt die Wahl durch.

22 Stimmen, keine Enthaltungen:

Steffi: 18 Stimmen, 66,7%

Ole: 21 Stimmen, 95,5

Alle KandidatInnen nehmen ihre Wahl an.

26. Weitere Anträge, Vertagungen

Mainz bringt den Antrag [S7](#) ein.

nach Für- und Gegenrede mit 8/11/4 abgelehnt.

GO-Antrag: Die Abstimmung des Antrages [P11](#) jetzt und ohne Debatte durchführen.

Nach Gegenrede mit 9/8/3 angenommen.

Mainz bringt den Antrag [P11](#) ein.

Der Antrag ist mit 17/2/0 angenommen.

GO-Satzungsänderungen beim nächsten BuKo behandeln, alle anderen Anträge an den BuVo delegieren.

Einstimmig angenommen.

Damit sind folgende Anträge dem nächsten BuKo vorzulegen:

[S8](#)

[S9](#)

Folgende Anträge sind vom Bundesvorstand zu behandeln:

[P9](#)

[P10](#) samt ÄA [P10.1](#)

[P12](#) samt ÄA [P12.1](#)

27. Abschluss des Bundeskongresses und Schlusswort

Till verliest ein Schlusswort.

Das Tagespräsidium schließt den Bundeskongress.

28. Anhang

29. Formale Anträge

Antrag F1

Tagesordnung

Freitag, 08. Januar 2010

16 Uhr Film: „Kick it like Frankreich!“ Wie die Studiengebühren in Hessen abgeschafft wurden

18 Uhr Anreise/Anmeldung

18 Uhr Begrüßung, „Jetzt reden wir!“ Erfahrungen aus dem Bildungsstreik 09 und das Podium hört zu

19 Uhr Podiumsdiskussion „Studierendenbewegungen im historischen Vergleich (1968/1997/2009)“
mit Volkhard Mosler, Fanny Zeise, Oskar Stolz (BuVo Die Linke.SDS)

Samstag, 09. Januar 2010

8 Uhr *Frühstück*

9 Uhr Beginn, Tagungspräsidium, Protokoll usw.

9.30 Uhr Grußworte (Peter Grottian, Nicole Gohlke (MdB DIE LINKE), Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung)

10 Uhr Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung

10.30 Uhr Workshop Phase: Bildungsstreik

1. „Von 5 zu 1500- warum klappt Mobilisierung manchmal und manchmal eben nicht?“ Erfolgreiche Mobilisierung zum Nachmachen (SDS Regensburg, SDS Gießen, BuVo SDS)
2. „Unsere Uni!- wie können Studierende und Lehrende gemeinsam protestieren?“ (Peter Grottian)

3. „Bildungsstreik und Arbeitskämpfe- Die Erfahrungen der Reinigungskräfte und des Studentenwerkstreiks und was daraus für die Zukunft folgt“ (Juri Hälker, Matthias Wittchen (SDS.Die Linke HU))
4. „Das bundesweite Bildungsstreikbündnis- Bericht, Erfahrungen und Perspektiven“ (Michael Dunker, Ben Stotz (BuVo Die Linke.SDS))
5. „Banküberfall, KMK, Dresden 2010- ziviler Ungehorsam (Vertreterin Aktionsnetzwerk Jena), Ebru Celtikli (BuVo Die Linke.SDS))

11.45 Uhr Berichte aus den AGen

12.30 Uhr *Mittagspause*

13.30 Uhr „Wie kann eine erfolgreiche Studierendenbewegung gegen schwarz- gelb aussehen? 2010- Bildungsstreik reloaded?“

15.00 Uhr Workshop-Phase

- ▶ A: „SDS Hochschulpolitik – Wie kann das aussehen?“ (Gremien, Forum HoPo, fzs- macht das Sinn?) (Steffi Geyer)
- ▶ B: „Dresden 2010- wie kann der SDS dazu beitragen die Nazis zu stoppen?“ (Veranstaltungen, Blockadetrainings, Busse- was kann man vor Ort machen?) (Vertreterin Aktionsnetzwerk Jena, Ebru Celtikli (BuVo Die Linke.SDS))
- ▶ C: Zeitungs- und Webredaktionsarbeit- Die neue Homepage leicht gemacht! (Ole Vincent Guinand, SDS.Die Linke FU)
- ▶ D: „Seminararbeit 2010- Was wollen wir machen?“ (Vertreterin des Fördererkreises demokratischer Volk- und Hochschulbildung, Win Windisch (Theorie AG Die Linke.SDS))

E) „Tipps und Tricks zum Gruppenaufbau- Wie kann eine SDS Gruppe super arbeiten?“ (Oskar Stolz, BuVo)

16.30 Uhr Auswertung des Kongresses „Make Capitalism History“,

Auswertung ein Jahr Kapitallesebewegung,

„Wie kann eine nachhaltige Theoriearbeit im Studierendenverband Die Linke.SDS aussehen?“

17.30 Uhr Antragsbehandlung

19.15 Uhr Abendessen

20.00 Uhr Anträge zur Satzung

21.00 Uhr „Wie können die Nazis erfolgreich gestoppt werden?- Dresden 2010“ (VerteterIn Aktionsnetzwerk Jena, Vertreterin Die Linke.SDS)

22.00 Uhr Schluss und Abendprogramm

Sonntag, 10. Januar 2010

9 Uhr *Frühstück*

10 Uhr Nachwahlen zum Bundesvorstand

11.00 Uhr Wahlen zur Bundesgeschäftsführung

12.00 Uhr Wahlen bzw. Nominierung Delegierte zum Bundesparteitag DIE LINKE (4 Personen)
Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress der linksjugend [solid] (6 Personen)
Wahlen der Delegierten zum Länderrat der linksjugend [solid] (2 Personen)

13.00 Uhr weitere Anträge

15.00 Uhr Schluss und Abreise

Antrag F2

Geschäftsordnung

Vorschlag für die Geschäftsordnung des 5. Bundeskongresses von DIE LINKE.SDS
AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Der Bundeskongress möge beschließen:

I. Arbeitsgremien

(1) Der Bundeskongress wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, jeweils im Block:

- ein Tagungspräsidium,
- eine Mandatsprüfungskommission,
- eine Antragskommission,
- eine Wahlkommission.

(2) In den Arbeitsgremien darf jeweils maximal eine Person mehr männlich als weiblich sein.

(3) Der Bundeskongress wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

II. Allgemeine Verfahrensregeln

(4) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Bundeskongresses in dieser Reihenfolge beschlossen.

(5) Rederecht haben die angemeldeten Delegierten, Mitglieder von DIE LINKE.SDS, Mitglieder der Hochschulgruppen von DIE LINKE.SDS, Mitglieder von assoziierten Hochschulgruppen, sowie die Mitglieder der Arbeitsgremien des Bundeskongresses. Gästen des Bundeskongresses kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.

(6) Die Tagungsleitung

- ruft die Tagesordnungspunkte und
- die dazugehörigen Anträge auf,
- leitet die Beschlussfassung,
- erteilt das Wort,
- kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen,

muss ihnen das Ende der Redezeit einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

(7) Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium anzuzeigen. Bei Wortmeldungen sind Name und gegebenenfalls delegierende Hochschulgruppe anzugeben. Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.

(8) Das Tagungspräsidium entscheidet unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und dem Prinzip der geschlechterquotierten Redelisten über die Reihenfolge der Rednerinnen und

Redner. Anstelle des Eingangs der Wortmeldungen kann das Tagungspräsidium die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner durch Los bestimmen.

(9) Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(10) Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten für jede Rednerin und jeden Redner, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt.

(11) Der Bundeskongress kann Aussprachen und Antragsdebatten zeitlich befristen.

(12) Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundeskongresses mit Rederecht können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen zur Richtigstellung abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt drei Minuten.

(13) Durch das Tagungspräsidium ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Das Ergebnisprotokoll ist innerhalb von vier Wochen den Delegierten zuzustellen. Die Beschlüsse des Bundeskongresses sind innerhalb von vier Woche in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

III. Beschlussfassung allgemein

(14) Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der angemeldeten Delegierten anwesend ist.

(15) Stimmrecht haben die angemeldeten Delegierten.

(16) Beschlüsse des Bundeskongresses werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Satzung Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS nicht anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Der Beschluss über die Satzung von DIE LINKE.SDS wird mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst.

(17) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen und durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium kann zur Auszählung der Stimmen Zähler einsetzen. Der Bundeskongress kann mit einfacher Mehrheit die geheime Abstimmung beschließen.

IV. Antragsberatung

(18) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von DIE LINKE.SDS, alle Mitglieder einer Hochschulgruppe von DIE LINKE.SDS, alle Mitglieder einer assoziierten Hochschulgruppe von DIE LINKE.SDS sowie alle Gremien, Hochschulgruppen, Landesverbände und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften von DIE LINKE.SDS.

(19) Anträge sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen. Antragsschluss ist für satzungsändernde Anträge der 15. Mai 2009 um 23.59 Uhr und für sonstige Anträge der 22. Mai 2009 um 23.59.

(20) Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Diese bedürfen der Unterschrift von zehn Prozent der angemeldeten Delegierten. Über ihre Behandlung entscheidet die Konferenz.

(21) Fristgemäß eingereichte Anträge sind von dem Bundeskongress zu behandeln oder zu überweisen.

(22) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen. Für Änderungsanträge kann von dem Bundeskongress auf Vorschlag der Antragskommission ein Antragsschluss beschlossen werden. Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin kann Änderungsanträge übernehmen, sofern kein Delegierter bzw. keine Delegierte Widerspruch anzeigt.

(23) Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin hat das Recht, Anträge vor dem Bundeskongress zu begründen.

(24) Anträge und Änderungsanträge sind dem Bundeskongress durch die Antragskommission in geeigneter Reihenfolge zur Abstimmung zu stellen oder zur Überweisung vorzuschlagen.

(25) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmhaltungen abzufragen sind.

(26) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf der Konferenz befassen und werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Vor ihrer Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst für und dann gegen den Antrag das Wort. Die Antragsbegründung zählt als Fürrede. Antragsberechtigt zur Geschäftsordnung sind alle Personen mit Rederrecht nach Absatz (5) dieser Geschäftsordnung.

(27) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Für- und Gegenrede sofort abzustimmen.

(28) Der Antrag auf Beendigung der Debatte kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur antragsberechtigte Personen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht in der Sache gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(29) Abweichungen von dieser Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn keine stimmberechtigte Teilnehmerin bzw. kein stimmberechtigter Teilnehmer dagegen Widerspruch erhebt.

30. Programmatische Anträge

Antrag P1

Marx an die Uni!

Zeit für kritische Wissenschaft

AntragstellerInnen: Andre Kistner, Anne-Kathrin Krug, Jakob Graf, Matthias Wittchen, Win Windisch u.a.

ANTRAG:

Der Bundeskongress von Die Linke.SDS möge beschließen:

Die Linke.SDS möchte für das Wintersemester 2010/11 Broschüren mit kritischen Einführungen in ausgewählte Fächer erstellen. Titel des Projektes ist Marx an die Uni.

Das Interesse der Gruppen bestimmt die Größe des Projektes. Daher findet zum Ende des Wintersemesters eine erste Gruppenbefragung statt.

Die Theorie AG wird beauftragt eine bundesweite Redaktionsgruppe zu gründen, die ab Ende März oder Anfang April arbeitet. Sie soll dem Bundeskongress im Sommersemester folgendes vorlegen:

- a) Auswertung der Gruppenbefragung
- b) ein Mapping kritischer Wissenschaft an den deutschen Hochschulen (inhaltlich, personell)
- c) Redaktionskonzept zu Inhalt und Anzahl möglicher Broschüren
- d) mögliche Veranstaltungskonzepte zu den Themen „Kritische Wissenschaft“ und „Hochschule im Kapitalismus“ für den Bildungstreik im Sommersemester 2010

Auf dem Bundeskongress im Sommersemester 2010 wird der Verband entscheiden, ob man es lediglich bei der Broschüreneerstellung belässt oder das Projekt ausgeweitet wird mit passenden Konzepten für eine Veranstaltung oder ein Seminar. Für die dann weitere Planung

BEGRÜNDUNG:

Das Zusammenspiel von Weltwirtschaftskrise seit 2008 und Bildungstreik 2009 haben unter Studierenden zu einer Offenheit für kritische Ansätze geführt, wie es sie seit den 70er Jahren nicht mehr gegeben hat.

Diesen Chancen stehen kanonisierte, geschlossene Lehrpläne, die wenig Freiraum für weiteres selbständiges Studieren lassen, und viel zu schwache Strukturen der Hochschullinken gegenüber.

Die Linke.SDS möchte als bundesweiter Verband mit dazu beitragen, Alternativen zum neo-liberalen Mainstream an der Hochschule wieder sichtbar zu machen, die Vernetzung von Studierenden und kritischen DozentInnen stärken, um Argumente gegen apologetische (die Verhältnisse verteidigende) Profs und DozentInnen zu entwickeln und einen interdisziplinären Austausch zu ermöglichen.

RESSOURCEN

Belastung und Ausmaß des Projektes sind sehr variabel und richten sich nach unseren Kräften und der Beteiligung. Ziel für die SDS Aktiven ist nicht die ganze Broschüre zu verfassen, sondern in die

bisherigen Traditionen kritischer Wissenschaft einzuführen.

Dazu werden nach der Diskussion auf dem Bundes-Kongress im SoSe Broschüren mit 40 bis 70 Seiten aus bereits bestehenden Texten von bekannten AutorInnen und DozentInnen aus dem Mittelbau zusammengestellt.

Der eigenständige Beitrag der Redaktionen ist ein Einführungstext der die Aktualität der Texte begründet und einen Überblick über die verschiedenen Diskurse bietet. Bei fortgeschrittenem Kenntnisstand der Redaktionsmitglieder kann es auch zusätzliche Texte geben.

Für den Bildungsstreik des SoSe 2010 können erste Seminarkonzepte oder Textsammlungen zu den unten genannten Themen erarbeitet werden. Verbindungen zum Projekt einer neuen Hochschuldenkschrift sind möglich.

Das Projekt ist weder ein Konkurrenzprojekt zu weiteren Plänen in der Theorie Arbeit oder zur Hochschuldenkschrift. Es kann aber in beiden Bereichen Anstöße und aufgrund des überschaubaren Rahmens einer Broschüre erste Ergebnisse bringen.

CHANCEN FÜR DEN GRUPPENAUFBAU

Alle Gruppen haben mit den Broschüren ein breites inhaltliches Angebot für ihre Infostische. So kann man gezielt auch in Institute ausgreifen an denen man noch nicht vertreten ist, oder wo man durch einen bestehenden Kern seine Verankerung verbessern will. Die Broschüren vermitteln die inhaltliche Bandbreite von Die Linke.SDS auch falls es vor Ort noch keine Aktiven aus den Fächern der neu interessierten gibt. Daneben gibt es die Texte zur Funktionsweise der heutigen Hochschulen, zu interdisziplinären Themen und zu den gemeinsamen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Dazu kann sich jede Gruppe je nach ihren Kräften entscheiden passend zu einer Broschüre eine Veranstaltung oder ein Seminar (4h, 8h oder 1 ½ Tage) anzubieten.

Hier besteht die Möglichkeit an einem Institut aufgrund der Nähe zum Fach so viele Leute für ein Veranstaltung zu erreichen, wie sonst an der ganzen Uni. Es hilft ein Mapping vor Ort zu machen, um DozentInnen zu finden und sich gemeinsam für ein Institut/Themenbereich zu entscheiden. Die Theorie AG kann zusätzlich TutorInnen (prominente oder junge DozentInnen, die mit uns zusammenarbeiten) vermitteln.

Bspw. könnte man an der FU am Politikinstitut als Antwort auf „Internationale Beziehungen“ und den „Sonderforschungsbereich 700“, der sich mit Fragen militärischer Interventionen beschäftigt, eine Veranstaltung zu Imperialismustheorien anbieten. Psychologische Institute können Morus Markard einladen. Und bei den Wirtschaftswissenschaften kann man etwas zur Kritik an der Neo-Klassik anbieten und die kritische Minderheit erreichen. Bei allen Themen kann man wohl 30 bis 100 BesucherInnen erwarten. Bei entsprechenden Kräften kann ein Seminar die Diskussionen noch vertiefen.

Zum Thema kritische Jura haben sich bereits bei einer Veranstaltung auf dem Make Capitalism History Kongress 9 Interessierte für eine Mitarbeit gemeldet.

ZIEL

Ziel des Projektes ist es, Studierenden Alternativen in Ihrem Studium aufzuzeigen und sie für politische Praxis zu aktivieren.

- i) methodisch: Solidarisches Lernen in einer demokratischen Hochschule mit eintsprechender finanzieller Ausstattung
- ii) inhaltlich: Relevanz einer gesamtgesellschaftlichen, kritischen Perspektive und den

Erklärungsgehalt marxischer Theorie auch vom „Arbeitsplatz“ der Studierenden her, nämlich den einzelnen Fachrichtungen, aufzeigen

MITMACHEN

Die Theorie AG lädt alle Interessierten zur Mitarbeit ein. Es sind keinerlei Vorkenntnisse nötig.

INHALT

a) Kritik bürgerlicher Wissenschaft:

Hochschulen als Reproduktionsort von kapitalistischer Herrschaft und Ideologien

Kritik des methodologischen Individualismus/ Homo oeconomicus

Kritik der Ausdifferenzierung in Einzeldisziplinen und „wertfreier Wissenschaft“

b) Kritische Wissenschaft:

Kritische Wissensproduktion innerhalb und außerhalb der Hochschule

Alternativen für eine andere Hochschule

AkademikerInnen, soziale Bewegungen und Organisation

c) einzelne Fächer

Kritik Mainstream

kritische Erklärungsansätze

interdisziplinäre Zusammenhänge

d) Verbindung zur Hochschuldenkschrift

Exzellenz und Exclusion - Hochschule und Kapitalismus

Workload und Prüfungsstress - Warum ist unser Studium kaum zu schaffen?

Frauen in der Wissenschaft

ZEITPLAN

BuKo Dezember 2009:

Beauftragung der Theorie AG mit Broschürenkonzept

Februar 2009:

Befragung der Gruppen zu Interesse an „Marx an die Uni“

Ende März/ Anfang April:

Redaktionstreffen

BuKo SoSe 2010:

Beschluss Umfang Broschürenprojekt

Diskussion und Abstimmung über Veranstaltungs- und Seminarkonzepte

Bildungsstreik SoSe 2010:

Unterstützung von kritischen Einführungen vor Ort durch bis dahin aufgestellte Textsammlungen

Juni/Juli 2010:

erneute Befragung der Gruppen nach Interesse an „Marx an die Uni“

wer ReferentInnen für Veranstaltung oder Seminar will muss sich jetzt anmelden

linksjugend-solid-Sommercamp oder BAK Wochenende:
Redaktionstreffen und Vorbereitung Herbstakademie

September 2010:
Endredaktion Broschüren
Vorbereitung Herbstakademie
Planung Seminar- und Veranstaltungstermine (falls bei BuKo SoSe beschlossen)

Herbstakademie 2010 – offizieller Auftakt:
eine Schiene (nicht die einzige) zu Marx an die Uni

Ende Oktober/ November 2010:
Semesterauftakt mit Broschüren
dazu evtl. Veranstaltung und/oder Seminar

BuKo WS 2010/11:
Auswertung Projektanfang

TutorInnen
ähnlich wie Kapital-TutorInnen, dazu viel stärkere Einbindung von DoktorantInnen und jungen
DozentInnen
Kooperationspartner
Fördererkreis, WASG, GEW, BdWi, Heinz Jung Gesellschaft (Hessen), Assoziation für kritische
Gesellschaftsforschung (AKG), RLS, Stiftung Wissenstransfer/ VSA/ SOZIALISMUS
PROKLA/Argument/ a+k/

Antrag P2

Inhalte erarbeiten

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen:

Binnen zwei Jahren ist eine neue hochschulpolitische Denkschrift zu erarbeiten, die sich mit der Rolle der Hochschulen im Neoliberalismus, mit dem europäischen Hochschulraum und den Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einer sozialistischen Hochschule befasst. Ein konkreter Arbeitsplan zur Schaffung dieser Denkschrift ist vom Bundesvorstan spätestens bis zum nächsten BuKo auszuarbeiten.

BEGRÜNDUNG:

Bislang hat sich der Linke.SDS weitgehend auf die Unterstützung aktionistischer Kampagnen konzentriert. Um aus der Ideenlosigkeit reaktiven Verhaltens auf Verschlechterungen im Bildungssystem auszubrechen, ist gerade in der inhaltlichen Arbeit die Nachfolge des historischen SDS anzustreben. Eine Säule dieser Arbeit war - und muss für den Linke.SDS sein - die zukunftsweisende hochschulpolitische Arbeit. Gerade auf diesem Feld lässt sich eine Vorreiterrolle einnehmen und Ausstrahlungswirkung auf zahlreiche Studierende erreichen.

Antrag P2.1

Antragsteller: Till Petersen

ÄNDERUNGSANTRAG:

Der BuKo möge beschließen:

Binnen zwei Jahren ist eine neue hochschulpolitische Denkschrift zu erarbeiten, die sich mit der Rolle der Hochschulen im Neoliberalismus, mit dem europäischen Hochschulraum und den Entwicklungsmöglichkeiten **der Hochschulen** hin zu einer **sozialistischen Hochschule-gesellschaftlich oppositionellen und eingreifenden Institution** befasst. Ein konkreter Arbeitsplan zur Schaffung dieser Denkschrift ist vom Bundesvorstand spätestens bis zum nächsten BuKo auszuarbeiten.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag P3

In die Offensive gehen, Hochschule gestalten – Für eine hochschulpolitische Denkschrift.

AntragstellerIn: Die Linke.SDS Potsdam

ANTRAG:

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine hochschulpolitische Denkschrift bzw. ein hochschulpolitisches Programm zu erarbeiten.

Er kann dazu eine offene Arbeitsgruppe bilden, behält aber die Verantwortlichkeit.

Zum Bundeskongress des Sommersemesters 2010 ist ein konkreter Entwurf zur Debatte vorzulegen und Bericht zu erstatten.

BEGRÜNDUNG:

Die Linke.SDS geht in das vierte Jahr ihrer Existenz. Das ist, spätestens nach Bologna, immerhin schon eine ganze Studierendengeneration. In dieser Zeit hat sich der Verband in hohem Maße in der Öffentlichkeit gezeigt: Dass der Kapitalismus nicht förderlich für Wissenschaft und Studium ist, dürfte ausreichend deutlich gemacht worden sein. Das Aussehen unserer Fahnen sollte nach der Teilnahme an diversen Demonstration auch bekannt sein, ebenso die Gesichter einiger RepräsentantInnen, denn auch in der Presse und den wichtigen TV-Talkshows konnte man uns vernehmen. Zu guter Letzt können wir uns auch rühmen, die größten, aufwendigsten und teuersten Kongresse unter den deutschen Studierendenverbänden organisiert zu haben.

Doch Die Linke.SDS ist keine PR-Agentur. Wir, zumindest Teile von uns, wollen auch verändern und tatsächlichen Einfluss auf die Entwicklung der Hochschulen nehmen. Das ist mit der Pflege einer reinen Protest- und Eventkultur oder der Reanimation von Zusammenbruchsvorstellungen – ein alter Schwachpunkt der politischen Linken – nicht zu erreichen. Einige Gruppen von Die Linke.SDS sind aktiv in der studentischen Selbstverwaltung. Sehr viele stellen Delegierte in den Studierendenparlamenten oder verwandten Gremien, einige wenige beteiligen sich sogar an der AStA-Arbeit. Hinzu kommt, dass einige Gruppen durch eine Regierungsbeteiligung der Linken in ihren Bundesländern eine besondere Chance haben, konkrete Verbesserung für die Studierenden zu erreichen. Diese Arbeit braucht Unterstützung, Unterstützung, die es bislang nicht gab. Bisher bleibt es den Gruppen überlassen, hochschulpolitische Programme individuell zu entwickeln. Darin besteht auch ein Risiko, bedenkt man etwa die heterogenen politischen Erfahrungen oder auch strömungspolitischen Zugehörigkeiten der Aktiven in den Gruppen. Es entsteht ein programmatischer Flickenteppich ohne Verbindlichkeiten und vor allem ohne formulierte Ziele und Projekte. Die Praxis in Form sinkender Stimmanteile vieler Gruppen bei Gremienwahlen bestätigt diese Gedanken. Auf Anfragen Interessierter, was wir denn überhaupt wollen, müssen wir bisher verschämt ausweichen. Ein Programm oder einen Forderungskatalog, der Perspektiven für das Engagement aufzeigt, können wir ihnen nicht vorlegen. Ein hochschulpolitischer Gestaltungswille ist kaum zu erkennen.

Die politische Deutungshoheit haben wir bisher vor allem dem RCDS überlassen. Veränderungen konnten wir bisher keine erreichen, weil wir es auch nie versuchten. Stattdessen springen wir auf den fahrenden Zug der Bildungsstreikbewegung, präsentieren uns als deren Pressesprecherin oder organisieren das nächste Großevent. Wir brauchen aber jetzt eine Programmatik konkreter Ziele und Projekte, wenn wir nicht in der Bedeutungslosigkeit oder im reinen Organisationsfetisch untergehen wollen.

Die konkrete Übertragung in den Vorstandsbereich soll die Ausarbeitung einer Denkschrift verbindlich machen und Verantwortlichkeiten auf gewählte und damit rechenschaftspflichtige Verantwortliche des Verbandes legen. Damit sei die Bedeutung der Ausarbeitung einer Denkschrift betont.

Antrag P4

Stelle für Ag Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit

AntragstellerIn: Bundesvorstand

ANTRAG:

Der Bundeskongress möge beschließen:

Es wird eine Stelle für Mitglieder- und Gruppenbetreuung geschaffen. Die Anzahl der Wochenstunden ist abhängig vom Haushalt, wird jährlich festgesetzt und kann bis zu 15 Stunden betragen. Die Stelle wird verbandsöffentlich ausgeschrieben. Die Auswahl trifft der Bundesvorstand in Kooperation mit der AG Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit (im Folgenden: AG GruKa). Die Stelle beginnt mit dem 01.02.2010.

Aufgabenbereich:

- Mitglieder- und Sympathisant_innenbetreuung
- Gruppenbetreuung
- Verschickungen
- Unterstützung der AG GruKa und deren Aufgabenbereich (siehe unten)

BEGRÜNDUNG:

1.

Die linke.SDS ist nach wie vor ein junger Verband. Wir befinden uns im Aufbau und in der Findung. Vor uns stehen inhaltliche Auseinandersetzungen um Grundpositionen und Debatten um Projektarbeit, Frauen im Verband und demokratische Partizipation. Neben der Säule Kampagnenarbeit müssen die nächsten Jahre unter dem Vorzeichen Gruppen und Verbandsaufbau stehen. Die Stelle kann koordinierend wirken und kontinuierlichen Aufbau garantieren und somit auch die Voraussetzung für eine breite inhaltliche Arbeit sein.

2.

All dies sollte einher gehen mit dem bewussten Aufbau des Verbandes. Das Potential für einen linken Studierendenverband ist ungehindert groß. Das zeigen die großen Bildungsstreik-Proteste, der „Make Capitalism History Kongress“ und der Mangel an politischen Alternativen. Tausende politisierte KommilitonInnen, die den Bildungsstreik organisiert haben, fragen sich heute: wo kann ich weiter machen? Wir sollten auf all diejenigen zugehen, sie einladen und Angebote zum Mitmachen machen.

3.

Mit der AG GruKa haben wir einen wichtigen Schritt gemacht. Es sei noch mal an die Aufgaben erinnert:

- Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundesvorstand, Hochschulgruppen und bundesweiten AGen
- Unterstützung von GenossInnen beim Aufbau neuer die linke.sds Hochschulgruppen
- Bekanntmachung und Unterstützung bei der Umsetzung von bundesweiten Kampagnen von die linke.sds

- Organisieren eines Erfahrungsaustausches über die Gruppenarbeit
- Verschicken von Mobilisierungsmaterial für bundesweite Aktivitäten und Kampagnen
- Der AG Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit beim Bundesvorstand soll eine angemessene Finanzierung bereitgestellt werden. Diese orientiert sich an den anderen AGen des Bundesverbandes.

Nach einem Jahr Existenz der AG GruKa müssen wir feststellen, dass das Arbeitspensum ehrenamtlich nicht zu bewältigen ist. Konstantes Schaffen, orientiert an den oben genannten Punkten, kann es nur mit Unterstützung einer bezahlten Stelle geben. Das schwierige war, dass viele AG GruKa-Mitglieder doppelt und dreifach engagiert sind. Das bedeutet, sobald ein Projekt, wie der Bildungsstreik kommt, fällt die AG GruKa zusammen, die Aufgabenbelastung wird zu hoch. Der dauernde Neuaufbau der AG kostet extrem viel Kraft. Eine Stelle würde Verbindlichkeit und Verantwortung schaffen. Dennoch war die Arbeit der AG nicht umsonst. Wir könnten im nächsten Jahr an den Erfolge anknüpfen und weiter voran bringen, wie z.B.:

- Bildungskarawane im Vorfeld des Bildungsstreiks im Mai 09. Damals wurden über 15 Gruppen besucht, wir haben gemeinsam Aktionen gemacht (Exmatrikulator...), Infostände und eine Veranstaltung zum Bildungsstreik.
- Erfahrungsaustausch zwischen Gruppen und Bundesvorstand durch regelmäßiges Telefonieren.
- Seminar zum Thema „Organizing“.
- Spontane Tour, mit österreichischen StudentInnen, zu den Protesten, Anfang November 09.

Wir sollten die Chance nutzen, den der neue Haushalt auch hergibt, und eine konstituierende Phase einläuten und uns somit auf kommende Bildungs- und Krisenproteste vorbereiten.

Antrag P4.1

Antragsteller: Ernesto Klengel

ÄNDERUNGSANTRAG

ersetze: „Die Auswahl trifft der Bundesvorstand in Kooperation mit der AG Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit (im Folgenden: AG GruKa).“

durch: „Die Besetzung der Stelle für Mitglieder- und Gruppenbetreuung erfolgt ab dem Sommersemester 2010 durch Wahl durch den Bundeskongress. Der Bundesvorstand kann die Stelle zum 02.01.2010 vorläufig besetzen. Er arbeitet hierfür mit der AG Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit (im Folgenden: AG GruKa) zusammen.“

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag P5

Antrag Gruppenbetreuung

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen: Der Bundesvorstand benennt den einzelnen Hochschulgruppen konkrete AnsprechpartnerInnen und für die Betreuung Verantwortliche inkl. eines/einer StellvertreterIn.

BEGRÜNDUNG:

Leider war die Betreuung einzelner Gruppen im bisherigen Semester nur mangelhaft. Nicht zuletzt auch aufgrund nicht benennbarer Verantwortlichkeiten und nicht empfundener Zuständigkeit. Derlei behindert die Arbeit vor Ort immens und frustriert engagierte und aktive Studierende.

Antrag P5.1

AntragstellerInnen: Linke.SDS Dresden

ÄNDERUNGSANTRAG

Ergänze: "Die Ansprechperson muss nicht Mitglied des Vorstands sein."

BEGRÜNDUNG:

Der Ursprungsantrag ist unklar formuliert. Personelle Kompetenzen und vorhandene Strukturen sollten besser genutzt werden, wie z.B. Personen aus der AG GruKa oder aus einem Landesverband, wenn sie regional besser vernetzt sind.

Antrag P6

Arbeit-vor-Ort stärken

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen: Auf allen Plakaten des Studierendenverbandes sind freie Felder zur Angabe lokaler Kontakt-/Terminaten auszusparen.

BEGRÜNDUNG:

Die Stärkung der Hochschulgruppen vor Ort ist nur möglich, wenn diese ihre eigenen Kontaktierungsdaten, Termine und Orte direkt und kostensparend angeben können. Ein elementarer Bereich zur Gewinnung weiterer Mitglieder ist die gute Arbeit vor Ort und der persönliche Kontakt zu Mitstudierenden.

Antrag P7

Mitmachen statt nur Dabeisein

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen: Zukünftige Kongresse sind mit zahlreichen inhaltlichen Mitwirkungsmöglichkeiten zu gestalten und eigene inhaltliche Arbeit der TeilnehmerInnen ist zu gewährleisten.

BEGRÜNDUNG:

Passiver Konsum bleibt passiver Konsum, auch wenn das kritische Wissenschaft ist. Um an Ausstrahlung und Attraktivität zu gewinnen, muss der Bildungsfaktor solcher Kongresse wie dem MCH-Kongress erhöht werden und die Ergebnisse eines solchen Kongresses publiziert werden können. Bloßes abjubeln weckt nicht die Kreativität und Schaffensfreude der TeilnehmerInnen.

Antrag P8

Vernetzung im Bildungsstreik

AntragstellerIn: Jens Liedtke (SDS Hochschule Darmstadt)

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen:

1. Der Bundesvorstand bekommt die Aufgabe, die Gruppen vor Ort zu ermutigen, sich verstärkt in die Bildungsstreikbewegung einzubringen.
2. Bezüglich des Bildungsstreiks kümmert sich der Bundesvorstand um die Einrichtung einer Vernetzungsstruktur der SDS Gruppen in Form von regelmäßigen Telefonkonferenzen. Diese Telefonkonferenzen dienen dem Austausch und der Koordinierung. Sie bieten darüber hinaus eine Grundlage für die weitere Ausarbeitung von Positionen und Strategien.
3. Der Bundesvorstand fordert jede SDS Gruppe auf mindestens eine Person zu benennen, die an den Telefonkonferenzen teilnimmt.
4. Der Bundesvorstand benennt mindestens ein Vorstandsmitglied, das an den Telefonkonferenzen teilnimmt.

BEGRÜNDUNG:

Die Bildungsstreikbewegung ist derzeit eine der treibenden Kräfte in den sozialen Auseinandersetzungen. Und auch im kommenden Semester wird der Kampf um freie und emanzipatorische Bildung ein zentraler Motor dieser Konfrontationen, eine Gegenmacht zur immer schneller um sich greifenden kapitalistischen Verwertungslogik sein.

Eine der großen Stärken der Bewegung liegt in der Vernetzung und gemeinsamen Koordination. Hierbei fällt auf, dass viele SDS Gruppe nicht zentral in die Strukturen der Bewegung vor Ort eingebunden sind oder sich nicht in die bundesweite Vernetzung einbringen. Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass es bezüglich des Bildungsstreiks nur einen geringen Austausch der Gruppen untereinander gibt. Daher soll möglichst zeitnah eine Struktur geschaffen werden, die uns diesen Austausch ermöglicht. Gleichzeitig geht der Apell an alle Gruppen diese Möglichkeit auch wahrzunehmen.

Denn der Bildungsstreik ist keine Bewegung der wir lediglich zuarbeiten sollten; wir sollten sie als eines unserer zentralen Aktionsfelder begreifen. Die Erfahrungen zeigen, dass in der Bewegung

viele Menschen politisiert werden, dass Denkmuster aufgebrochen und Freiräume geschaffen werden. Freiräume in denen über Bildung, den Bildungsbegriff an sich und dem folgend über Gesellschaft und Gesellschaftssysteme reflektiert wird. Hier bietet sich die Möglichkeit sehr konkret aufzuzeigen, dass die Kommerzialisierung des Bildungssystems nicht einzelnen raffgierigen Menschen geschuldet wird, sondern systemisch bedingt ist. Es bietet sich darüber hinaus aber auch die Möglichkeit andere zentrale Themen wie das Elend von Kriegen oder den Kampf gegen den Faschismus zu besprechen und aufzuzeigen wie wichtig es ist sich dagegen zu organisieren. Unser Verband sollte diese Chance nicht verstreichen lassen, sondern den Bildungstreik weiterhin nach bester Möglichkeit unterstützen und mittragen.

Antrag P9

Vernetzung

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen: Der Linke.SDS fordert seinen Mitgliedshochschulgruppen dazu auf in den vor Ort existierenden Studierendenvertretung die Mitgliedschaft im fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) zu beantragen.

BEGRÜNDUNG:

Der fzs ist der einzige bundesweite Dachverband in der BRD. Für einen bundesweiten sozialistischen Studierendenverband bietet sich somit eine Plattform um sich nicht nur um sich selbst zu kümmern, sondern bundesweit die Studierendenschaft nach links zu bewegen und somit Einfluss und BündnispartnerInnen zu gewinnen. Letzteres ist gerade in Zeiten abzusehender schwarz-gelber Kahlschlagspolitik zu forcieren und am Aufbau einer breiten, bundesweiten und nicht-föderalen Front zu arbeiten. Desweiteren bietet ein solcher Verband die Möglichkeit inhaltliche Ansätze aufzugreifen und weiterzuentwickeln und somit auch das politische Profil des Linke.SDS zu schärfen. Der fzs ist gegenwärtig alternativlos, alle "Alternativprojekte" zum Aufbau einer wirkungsvollen bundesweiten Vernetzung konnte keine festen, dauerhaften und angemessen kontinuierlich arbeitenden starken Strukturen schaffen. Daher ist eine Solidarisierung mit und Unterstützung des fzs unabdingbar für einen anti-föderalen Studierendenverband.

Antrag P10

Für Klimagerechtigkeit

Resolution von Die Linke.SDS zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

AntragstellerIn: Bundesvorstand Die Linke.SDS

ANTRAG:

1. Die internationale Klimapolitik ist gescheitert. Trotz Kyoto-Abkommen, trotz des Bekenntnisses zu „grünen“, emissionsarmen Technologien sind in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die CO₂-Emissionen noch schneller gestiegen als in den 1990er Jahren.
2. Das Scheitern der internationalen Klimapolitik reflektiert die unzureichenden Problemkonstruktion und Problemlösungsansätze im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Lediglich die Emissionsseite wird in den Blick genommen, während die Extraktion und der Verbrauch fossiler Energieträger ausgeblendet bleiben. Dies entspricht ebenso wie den unzureichenden marktkonformen Mechanismen, auf die im Kyoto-Protokoll zur Bekämpfung des Klimawandels gesetzt wird, der Anforderung, Klimapolitik entsprechend Kapitalinteressen zu gestalten. Ohne einen fundamentalen Kurswechsel in der Klimapolitik, die Menschen über Profite stellt und das fossile Energieregime durch erneuerbare Energien ersetzt, wird die Klimaerwärmung nicht gestoppt werden.
3. Die Debatten um einen Green New Deal greifen zu kurz, da sie auf marktkonforme Lösungsansätze setzen und die kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausblenden. Die Förderung grüner Investitionen kann die Klimakrise nicht lösen.
4. Stattdessen ist eine sozio-ökologische Transformation des Kapitalismus gefordert. Um die Klimaerwärmung zu bekämpfen, müssen Schritte eingeleitet werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben: Enteignung und Vergesselschaftung der Energiekonzerne, Dezentralisierung der Energiesysteme; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden
5. Die Hoffnung auf eine Bekämpfung der Klimaerwärmung liegt nicht in der internationalen Klimapolitik, sondern in der entstehenden Bewegung für Klimagerechtigkeit. Die Linke.SDS sollte einen Beitrag dazu leisten, dass diese Bewegung weiter ausgreift und zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beiträgt, ohne die die Klimakatastrophe nicht gestoppt werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag P10.1

Antragsteller: Till Petersen

ÄNDERUNGSANTRAG:

1. Die internationale Klimapolitik ist gescheitert. Trotz Kyoto-Abkommen, trotz des Bekenntnisses zu „grünen“, emissionsarmen Technologien sind in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die CO₂-Emissionen noch schneller gestiegen als in den 1990er Jahren.
2. Das Scheitern der internationalen Klimapolitik reflektiert die unzureichenden Problemkonstruktion und Problemlösungsansätze im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Lediglich die Emissionsseite wird in den Blick genommen, während die Extraktion und der Verbrauch fossiler Energieträger ausgeblendet bleiben. Dies entspricht ebenso wie ~~den~~ **die** unzureichenden marktkonformen Mechanismen, auf die im Kyoto-Protokoll zur Bekämpfung des Klimawandels gesetzt wird, der Anforderung, Klimapolitik entsprechend Kapitalinteressen zu gestalten. Ohne einen fundamentalen Kurswechsel in der Klimapolitik, die Menschen über Profite stellt und **dafür auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse zielt, z.B.** das fossile Energieregime durch erneuerbare Energien ~~ersetzt~~ **zu ersetzen**, wird die Klimaerwärmung nicht gestoppt werden.
3. Die Debatten um einen Green New Deal greifen zu kurz, da sie auf marktkonforme Lösungsansätze setzen und die kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausblenden. Die Förderung grüner Investitionen kann die Klimakrise nicht lösen.
4. Stattdessen ist eine sozio-ökologische ~~Transformation~~ **Überwindung** des Kapitalismus gefordert. Um die Klimaerwärmung zu bekämpfen, müssen Schritte eingeleitet werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben: Enteignung und Vergesselschaftung der Energiekonzerne, Dezentralisierung der Energiesysteme; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden
5. Die Hoffnung auf eine Bekämpfung der Klimaerwärmung ~~liegt nicht~~ in der internationalen Klimapolitik **liegt nicht auf den Parlamenten und Regierungen**, sondern in der entstehenden Bewegung für Klimagerechtigkeit. Die Linke.SDS sollte einen Beitrag dazu leisten, dass diese Bewegung weiter ausgreift und zu einer Veränderung ~~der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse~~ **des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses** beiträgt, ohne die die Klimakatastrophe nicht gestoppt werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag P11

Verhältnis Linkspartei

AntragstellerIn: Linke.SDS Mainz

ANTRAG:

Der Bundeskongress möge beschließen, dass im Hochschulverband eine generelle Debatte über die Rolle der Linkspartei im parlamentarischen System, besonders über Regierungsbeteiligung geführt wird. Als Diskussionsgrundlage soll es eine Extraausgabe der Linkskontrovers geben und bei Bedarf eine außerordentliche Bundeskonferenz. Ergebnisse dieser Diskussion sollten in die Partei getragen werden, z.B. auf den 2. Parteitag im Mai 2010.

BEGRÜNDUNG:

Wir schätzen an der Linkspartei, dass ihr Programm klare linke Positionen vertritt, wie etwa Arbeitszeitverkürzung, Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, Kampf um Mindestlöhne, stärkere Besteuerung von Kapital und Vermögen, gemeinsames Lernen statt 3-gliedrigem Schulsystem, keine Studiengebühren, d.h. eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung durch eine Umverteilung von oben nach unten.

Daher betrachten wir mit großer Sorge die Regierungsbeteiligung in Brandenburg. Der rot-rote Koalitionsvertrag sieht massive Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst vor, im Bildungsbereich wird an Eliteförderung festgehalten,... Der Koalitionsvertrag ist voll von Eckpunkten, die obigem Programm in krasser Weise widersprechen. Dieses Beispiel zeigt, dass im Parlament keine Reformen für die Arbeiterklasse erstritten werden können, linke Parlamentsfraktionen können den Klassenkampf nicht ersetzen.

Die einzige Perspektive für die LINKE ist es, konsequente Opposition gegen Sozialabbau, Abbau von Arbeitsplätzen zu sein und Widerstand in den Betrieben, an den Universitäten und Schulen und auf der Straße zu organisieren.

Antrag P12

Gegen Islamophobie

AntragstellerIn: Linke.SDS Frankfurt am Main

ANTRAG:

Der Bundeskongress möge beschließen:

- Die Übernahme antirassistischer Positionen in das Programm
- Die Explizite Absage an Islamophobie und Kopftuchverbot
- Die verstärkte Solidarität mit von Rassismus betroffenen Gruppen in der politischen Arbeit und ein Bemühen um praktische Zusammenarbeit mit MigrantInnen und MuslimInnen

BEGRÜNDUNG:

SDS steht für *Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband*. Dazu gehört auch eine antirassistische Ausrichtung. Alle Formen des Rassismus müssen bekämpft werden. Insbesondere seit dem 11. September 2001 sind wir mit einem neuen Rassismus konfrontiert – der Islamophobie. Gehetzt wird querbeet durch Medien & Politik. „Wie gefährlich ist der Islam?“ titelte z.B. der Stern und implizierte einen Zusammenhang zwischen Religion und angeblicher Terrorismusbereitschaft junger MuslimInnen. Als jüngstes Beispiel können die Äußerungen von Thilo Sarazzin erwähnt werden. Hier verurteilt der jetzt im Vorstand der Bundesbank tätige ehemalige berliner Finanzminister (SPD) „Kopftuchmädchen produzierenden“ arabische und türkische Familien als faul und „Intraktionsunwillig“.

Eine tiefgehende Beschäftigung mit dem Phänomen Islamophobie ist hier vonnöten. Es gilt aufzuzeigen, dass ein Feinbild Islam im Zuge der imperialistischen Kriege der NATO bzw. USA im Irak und Afghanistan heraufbeschworen wurde Mittels der Angst vor dem „islamistischen Terrorismus“ werden MuslimInnen per se kriminalisiert und militärische Interventionen legitimiert Islamophobie ist damit durchaus vergleichbar mit dem Rassismus gegenüber der afrikanischen Bevölkerung im Zeitalter des Kolonialismus-Imperialismus. Die Verbindung zwischen der Beschwörung antiislamischer Feindbilder und außen- und sicherheitspolitischen Interessen aufzuzeigen ist Aufgabe und Fähigkeit von SozialistInnen.

Rassismus wirkt aber nicht nur als Gewalt und Herrschaft legitimierende Ideologie, sondern auch als Praxis der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung in alltäglichen sozialen Auseinandersetzungen. In diesem Sinne gilt es vor allem auch in konkreten Situationen, z.B. an der Uni und im Seminar, gegen Stigmatisierung und Diskriminierung von MuslimInnen Position zu beziehen. Gerade kopftuchtragende Frauen leiden unter dem antiislamischen Rassismus. Sie sind einerseits als Frauen und als Menschen zumeist mit einem Migrationshintergrund gesellschaftlich oft doppelt benachteiligt und darüber hinaus als Musliminnen im Beruf und auf der Straße Anfeindungen ausgesetzt. Die Linke. SDS muss sich hier eindeutig auf die Seite der Schwächeren stellen. Dazu gehört auch ein klares *Nein* zum Kopftuchverbot.

Antrag P12.1

EinreicherInnen: linke.SDS Leipzig
ÄNDERUNGSANTRAG

Der Bundeskongress möge beschließen:

- - Die Übernahme antirassistischer Positionen in das Programm
- - Die Explizite Absage an Islamophobie und Kopftuchverbot
- - Die verstärkte Solidarität mit von Rassismus betroffenen Gruppen in der politischen Arbeit und ein Bemühen um praktische Zusammenarbeit mit MigrantInnen und MuslimInnen
- Die Linke.SDS organisiert ein Seminar zum Thema Islamophobie.
- Bei Interesse in den einzelnen Hochschulgruppen eine Veranstaltung durchzuführen, wird ein ReferentInnenpool eingerichtet.
- Nach Möglichkeit und Anzahl der Interessierten, wird eine Broschüre zu den Themenschwerpunkten Rassismus und Krieg erstellt.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

31. Satzungsänderungsanträge

EinreicherInnen aller Anträge außer der Änderungsanträge: SDS Mainz

Antrag S1

§3 Abs. 2: füge ein nach "Linke.SDS":
",SDS,"

BEGRÜNDUNG:

Um der real-existierenden Vielfalt Rechnung zu tragen und die Gruppen vor Ort zu stärken.

Antrag S1.1

Einreicher: Jörn Wegener (SDS Potsdam)

ÄNDERUNGSANTRAG:

§3 Abs. 2: füge ein nach "Linke.SDS":
",SDS,"

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag S2

§3 Abs. 3.1: streiche:
"die U35-Verteiler der Partei DIE LINKE,"

BEGRÜNDUNG:

weder haben alle Parteigliederungen U35-Verteiler, noch ist klar, auf welcher Ebene diese Verteiler genutzt werden sollten. In größeren Hochschulstädten, in Metropolgebieten u.a. ist es durchaus möglich, dass zahlreiche Studierende nicht im Kreisverband der Hochschulstadt wohnhaft sind. Eine Benachteiligung dieser Studierenden ist auszuschließen.

Antrag S3

§3 Abs. 3.2: streiche den Absatz

BEGRÜNDUNG:

ist obsolet

Antrag S3.1

EinreicherInnen: Linke.SDS Dresden

ÄNDERUNGSANTRAG:

§3 Abs. 2: füge ein nach "Linke.SDS":
",SDS,"

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag S4

§3 Abs 4: streiche:
"Anzeige der Gründung" bis "Studierendenverbandes und"

BEGRÜNDUNG:

Die Autonomie des Verbandes stärken. Eine Genehmigungspflicht durch die Partei ist unnötig und mitunter schädlich.

Antrag S5

§6a: füge ein im letzten Satz "mindestens" zwischen "findet" und "einmal"

BEGRÜNDUNG:

Die Begrenzung auf einmal im Semester kann u.U. verhindern, dass aktuelle Entwicklungen adäquat aufgegriffen werden können und sollte daher so nicht in der Satzung verankert sein.

Antrag S6

§6a: füge am Ende an: "und außerordentlich aufgrund des Antrages von fünf Hochschulgruppen oder auf Beschluss des Bundesvorstandes."

BEGRÜNDUNG:

Aufgrund drängender Ereignisse kann es ggf. notwendig sein außerordentlich zu mobilisieren.

Desweiteren ist die Möglichkeit der Einberufung eines Bundeskongresses durch eine überschaubare Zahl an Hochschulgruppen eine Stärkung der Verbandsdemokratie, wie auch eine Stärkung der Autonomie der Gruppen und somit wünschenswert.

Antrag S6.1

Einreicher: Ben Stotz

ÄNDERUNGSANTRAG:

Ersetze „fünf“ durch „zehn“.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag S7

§6a: streiche den Teilsatz "Sitzungen finden nicht in der vorlesungsfreien Zeit statt."

BEGRÜNDUNG:

Eine pauschale Begrenzung der Verbandstätigkeit auf die Vorlesungszeit geht an den Realitäten im Bildungssystem vorbei, gravierende Entwicklungen können durchaus auch ihren Höhepunkt während der vorlesungsfreien Zeit haben. Die bisherige Regelung widerspricht auch einem Selbstverständnis des Verbandes als präsender Akteur. Sie begrenzt auch von vorneherein die Tätigkeit des Bundeskongresses auf ein Wochenende. Umfangreiche Arbeitsprogramme und Diskussionsprozesse sind so nicht zu erfüllen.

Antrag S8

§6b: füge an diesen Absatz an:

Kleine Hochschulgruppen mit 10 oder weniger aktiven Mitgliedern, sind von der Pflicht zur Quotierung befreit, wenn sie aufgrund der Zusammensetzung ihrer Aktiven nicht dazu in der Lage sind die Quotierung zu erfüllen.

BEGRÜNDUNG:

Das Recht einer Hochschulgruppe auf Austausch zu den Anträgen, sowie auf ein vernünftiges Arbeitsklima mit individuell leistbaren Pausen, sollte nicht verwirkt sein, nur weil sie nicht dazu in der Lage sind Quotierungen zu einem Bundeskongress zu erfüllen. Statt solche Hochschulgruppen zu sanktionieren und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Verband zu beschneiden, sollte ihnen Unterstützung bei der Gewinnung zusätzlicher Mitglieder gewährt werden.

Antrag S9

§6e: letzter Satz: Füge am Beginn: "ordentliche" ein.

BEGRÜNDUNG:

Nicht alle potentiell zu Kooptierenden müssen ordentliche Mitglieder sein. Der gewählte Bundesvorstand hingegen schon.

32. Dringlichkeitsanträge

Antrag D2

EinreicherInnen: dielinke.SDS Frankfurt am Main

ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen:

- Der Bundesvorstand bekommt die Aufgabe, die Hochschulgruppen zu ermutigen, sich solidarisch zu zeigen und sich an Aktionsformen zu beteiligen.
- Die bundesweite Hochschulgruppe dielinke.SDS sollte sich an regionalen und internationalen Aktivitäten beteiligen die Bevölkerung gegen den Krieg zu sensibilisieren.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

Antrag D2.1

Einreicher: Till Petersen

ÄNDERUNGSANTRAG:

Der BuKo möge beschließen:

- Die Linke.SDS bekräftigt seine Forderung nach einem sofortigen Abzug aller Truppen aus Afghanistan.
- Der Bundesvorstand bekommt die Aufgabe, die Hochschulgruppen zu ermutigen, sich solidarisch mit den kritischen Aktivitäten zur Afghanistan-Konferenz zu zeigen und sich an Aktionsformen zu beteiligen.
- Die bundesweite Hochschulgruppe dielinke.SDS sollte sich an regionalen und internationalen Aktivitäten beteiligen die Bevölkerung gegen den Krieg zu sensibilisieren.

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

